

# Weltchronik

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Historischer Kalender, oder, Der hinkende Bot**

Band (Jahr): **245 (1972)**

PDF erstellt am: **21.07.2024**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

# Weltchronik

Vom 1. Juni 1970 bis 31. Mai 1971

Keht die Zeit des Faustrechts wieder? Fast könnte man es beim Rückblick auf das abgelaufene Jahr glauben. Hier die Tatsachen: Terroristen entführen in Brasilien den deutschen Botschafter und lassen ihn erst wieder frei, nachdem die Regierung 40 politischen Häftlingen die Ausreise aus dem Lande gestattet hat. In Guatemala wird der deutsche Botschafter, Graf von Spreti, entführt. Als die Regierung sich weigert, die 25 als Lösegeld verlangten politischen Häftlinge zu entlassen, wird der Botschafter kaltblütig ermordet. Angehörige der sogenannten Volksfront für die Befreiung Palästinas entführen mit Waffengewalt am selben Tag drei Verkehrsflugzeuge: ein amerikanischer Jumbo-Jet, funkelnagelneu, wird in Kairo zum Landen gezwungen und dort in die Luft gesprengt; eine weitere amerikanische Maschine und eine DC-8 der Swissair müssen auf dem Wüstenflugplatz von Zerqa in Jordanien landen. Dass die Landung auf diesem für Düsenflugzeuge unter normalen Verhältnissen nicht anfliegbar Platz überhaupt gelingt, stellt dem fliegerischen Können der Piloten das beste Zeugnis aus. Auch diese beiden Flugzeuge werden mit Sprengladungen vernichtet und die Passagiere als Geiseln für früher gefangengesetzte Flugzeugentführer festgehalten. Ein englisches Verkehrsflugzeug ist das nächste Opfer; auch es wird in Zerqa zerstört, und die Passagiere werden erst wieder freigelassen, als England einwilligt, zwei palästinensische Attentäter, die in London im Gefängnis sitzen, freizulassen. Dank der Aufmerksamkeit der Sicherheitsbeamten in einem Flugzeug der israelischen Luftlinie EL-AL kann eine weitere Entführung am gleichen Tag verhindert werden. In Kanada wird der britische Handelsattaché entführt; dasselbe Schicksal erleidet der Arbeitsminister von Quebec, Laporte. Während der erstere nach zweimonatiger Gefangenschaft von den Entführern freigelassen wird, muss Laporte schon einige Tage nach seiner Verschleppung für die unnachgiebige Haltung der Regierung mit seinem Leben bezahlen. Der 2. November bringt die Entführung des westdeutschen Konsuls in San Sebastian (Spa-

nien) durch baskische Nationalisten. Am 7. Dezember wird der schweizerische Botschafter in Rio de Janeiro von sogenannten Guerilleros verschleppt und erst nach wochenlanger Haft wieder freigelassen, als die Regierung sich bereit erklärt, 70 politischen Häftlingen die Ausreise nach Kuba zu ermöglichen. Im April schliesslich wird der jugoslawische Botschafter in Stockholm von zweien seiner Landsleute erschossen.

Wohl hat es in der Geschichte immer wieder Attentate gegeben, und es wird sie auch in Zukunft geben. Aber eine solche Welle von Entführungen, Geiselnahmen, Erschiessungen und Sprengstoffdelikten wie in der Berichtsperiode hat die Welt schon seit Jahrzehnten nicht mehr gesehen. Die Ereignisse hängen teils mit dem Widerstand gegen die Regierungsgewalt ganz allgemein zusammen, teils sind sie ein Ausfluss der immer noch gespannten Atmosphäre im Nahen Osten.

\* \* \*

Nicht nur das Verhältnis zwischen Israel und Ägypten blieb im Nahen Osten gespannt. Besonders auch in Jordanien garte es, kleinere Scharmützel zwischen den Regierungstruppen und Freischärlern waren an der Tagesordnung, und König Hussein entging nur knapp einem Attentat. Die aufgestauten Hassgefühle kamen kurz nach den Flugzeugentführungen im September zum Ausbruch. Zwischen verschiedenen Gruppen von Palästinensern, die ihrerseits untereinander zerstritten waren und es heute noch sind, und regierungstreuen Truppen kam es zu einem richtigen Bürgerkrieg, der mit dem ganzen verfügbaren Waffenarsenal, mit Panzern, Artillerie und Luftwaffe ausgetragen wurde. Dem ägyptischen Staatspräsidenten Gamal Abd el Nasser gelang es, als Vermittler einen Waffenstillstand herbeizuführen, der durch eine gemischte arabische Kommission überwacht werden soll. Tags darauf erlag Nasser unerwartet einem Herzleiden. Sein Nachfolger wurde der bisherige Vizepräsident, Anwar el-Sadat, der in der Folge mit Säuberungsmassnahmen seine Position zu festigen suchte. Die Lage bleibt aber in Ägypten unsicher.

Daneben gingen die Bemühungen um einen dauerhaften Frieden zwischen Ägypten und Israel weiter. Der amerikanische Aussenminister Ro-

gers tat sich dabei besonders hervor. Er schlug im Juli vor, die Vereinigte Arabische Republik, Israel und Jordanien sollten für drei Monate die Waffen ruhen lassen und unter der Leitung des Schweden Jarring, als Sonderbeauftragten der UNO, miteinander ins Gespräch kommen. Diesen Vorschlag nahmen die Beteiligten an, und seither wird über die Aufhebung des Kriegszustandes – denn offiziell stehen die Gegner immer noch im Krieg – und namentlich auch über die Bedingungen, unter denen der seit 1968 geschlossene Suezkanal wieder geöffnet werden kann, verhandelt.

\* \* \*

Vom Nahen Osten zurück nach Europa. Hier war es vor allem die *Bundesrepublik Deutschland*, die Schlagzeilen machte. Die im September 1969 gewählte Regierung Brandt setzte ihre Politik der Verständigung mit dem Osten fort. Nach längerem Vorgeplänkel wurde im Sommer in Moskau von den Aussenministern Scheel und Gromyko der Text eines deutsch-sowjetischen Vertrages ausgehandelt, den Ministerpräsident Kossygin und Bundeskanzler Brandt am 12. August im Kreml unterzeichneten. Unter anderem verpflichten sich die beiden Partner, die heute in Europa bestehenden Grenzen zu achten, insbesondere auch die im Potsdamer Abkommen von 1945 von den Russen geschaffene, von den Alliierten aber nie offiziell bestätigte Oder-Neisse-Linie, also die Westgrenze Polens. Zu diesen Grenzen, die respektiert werden sollen, gehört auch diejenige zwischen der Bundesrepublik und der sogenannten Deutschen Demokratischen Republik. Die «Öffnung nach Osten» war dadurch aber nicht beendet. Brandt empfing im Oktober den jugoslawischen Präsidenten Tito zu Gesprächen in Bonn, und Scheel handelte mit dem polnischen Aussenminister einen ähnlichen Vertrag aus wie mit den Sowjets, der am 7. Dezember von Brandt und dem polnischen Ministerpräsidenten unterzeichnet wurde. – Kurz danach brachen in Polen Unruhen aus, in denen sich das Volk gegen die schlechte Wirtschaftslage und die massiv steigenden Preise der Konsumgüter zur Wehr setzte. Parteichef und Ministerpräsident wurden abgesetzt, aber die Unruhen dauerten weiter an, bis schliesslich ein Teil der Preiserhöhungen rückgängig gemacht wurde. –

Das Echo im deutschen Volk auf die beiden Verträge ist nicht überwältigend. Neben einer gewissen Erleichterung darüber, dass man doch wieder miteinander ins Gespräch gekommen ist, lässt sich eine gehörige Dosis Skepsis gegenüber dem Wert solcher Verträge nicht verkennen. Erwähnt sei schliesslich noch die Währungskrise im Mai 1971, die die deutsche Regierung zwang, den Wechselkurs des Dollars freizugeben. Dadurch wurde praktisch der Dollar abgewertet oder die Mark aufgewertet.

\* \* \*

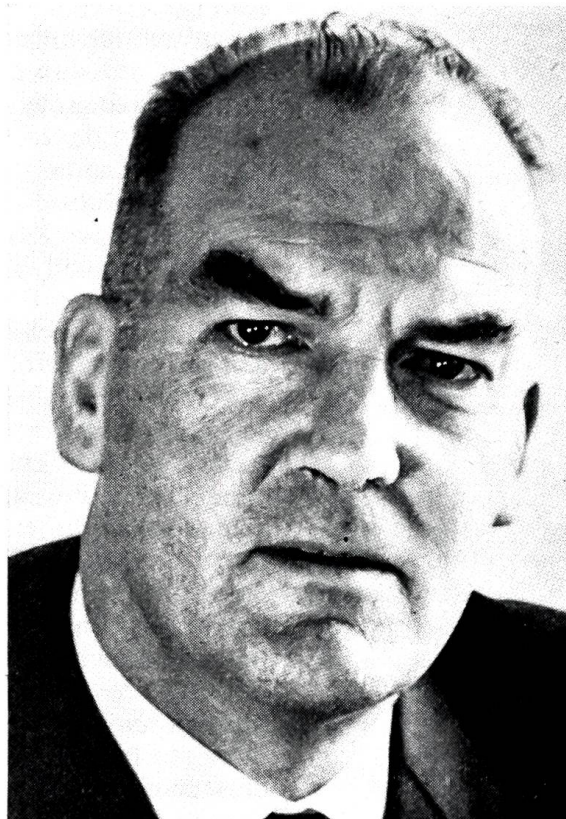
Einmal mehr muss der kurze Bericht über das Geschehen in *England* unter das Stichwort Streik gestellt werden. Es will einfach nicht gelingen, dieses Krebsübels Herr zu werden, der gegenwärtigen konservativen Regierung Heath sowenig wie es der früheren Labour-Regierung gelungen war. Im Juli lähmte ein vierzehntägiger Streik der Hafenarbeiter das Wirtschaftsleben der ganzen Insel; es musste der Notstand ausgerufen werden. Dasselbe Bild zeigte sich im Dezember; diesmal waren es die Arbeiter der Elektrizitätswerke, die sich ihrer Macht am Schalthebel der Industrie bewusst wurden. Es folgte der Poststreik, der zu höchst ungewohnten Bildern führte: Schaffung privater Posten und privater Briefmarken, Verzögerungen im Arbeitsablauf im ganzen Land, aber, und das ist wohl entscheidend, der Streik verursachte nicht einen völligen Ausfall von Handel und Wandel und führte auch nicht zu einer Durchsetzung sämtlicher Forderungen der Streikenden. Die im Juli 1970 entgegen allen Erwartungen als Sieger aus den Wahlen hervorgegangene Regierung Heath kämpft energisch gegen dieses Streikunwesen, und es ist ihr gelungen, Ende März im Parlament ein Gesetz durchzubringen, das es erlauben soll, dem Machtmissbrauch der Gewerkschaften einen Riegel zu schieben. Das äusserlich wohl sensationellste Zeichen der Schwäche in der britischen Wirtschaft war der Konkurs von Rolls Royce, einer Firma, die für ihre Autos, aber auch für ihre Düsentriebwerke Weltruf erlangt hat. Mit Geldspritzungen sucht nun die Regierung das festgefahrene Schiff wieder flottzumachen. – Das Schicksal der Regierung Heath wird davon abhängen, ob es ihr gelingt, England aus seiner Mi-

sere herauszubringen, die Arbeitslosigkeit zurückzudämpfen und Ordnung in der Wirtschaft zu schaffen. Zu diesem Zweck bemüht sie sich sehr um den Anschluss an die EWG, von dem sich England bessere Exportmöglichkeiten für seine Produkte verspricht. Ein erster Versuch zum Beitritt war im Jahre 1963 an der starren Haltung des damaligen General-Präsidenten de Gaulle gescheitert. Heath hat seine Gespräche mit dem nunmehrigen Ministerpräsidenten Pompidou Ende Mai aufgenommen, und es besteht die Hoffnung, dass die Bestrebungen zum Beitritt in die EWG von Erfolg gekrönt sein werden. – Nach mehrjährigen Vorarbeiten wurde am sogenannten D-Day im Februar das englische Pfund dezimalisiert, d. h. also, dass die Engländer, wenigstens bei der Währung, endlich zum Dezimalsystem übergegangen sind. Während bisher ein Pfund 20 Schillinge und 1 Schilling 12 Pence umfasste, zerfällt das neue Pfund in 100 Pence.

\* \* \*

Am 9. November 1970 starb in Colombey-les-Deux-Eglises Charles de Gaulle. Der 1890 geborene Offizier und Staatsmann wird in die Geschichte Frankreichs eingehen. Nach der Kapitulation Frankreichs im Jahre 1940 hatte sich de Gaulle geweigert, aus England nach Frankreich zurückzukehren, worauf er in seiner Heimat als Fahnenflüchtiger zum Tode verurteilt wurde. In London baute er die Organisation Freies Frankreich auf; 1944 bildete er unter seiner Führung eine provisorische Regierung der französischen Republik.

1946 trat er als Staatsoberhaupt zurück, um erst am 1. Juni 1956 als Ministerpräsident wiederzukehren; Ende 1958 wurde er zum Staatspräsidenten gewählt, ein Amt, das er bis Ende 1967 innehatte. Bis zu seinem Tode lebte er dann als zurückgezogener Privatmann, beschäftigt mit dem Verfassen seiner Memoiren, auf seinem Landsitz in Colombey-les-Deux-Eglises. Die Anteilnahme an seinem Tod war weltweit, und Zehntausende von Franzosen reisten zu der Beerdigung in das stille Landstädtchen. – Politisch verlief das Jahr in Frankreich eher ruhig. Die von de Gaulle vorseiner Nichtwiederwahl immer wieder als Schreckgespenst zitierte Unordnung und das Chaos sind unter seinem Nachfolger weitgehend ausgeblieben. Es entstehen zwar immer wieder Meinungsverschiedenheiten über die Lohnpolitik der Regierung, es kommt zu Streiks und Demonstrationen, aber im grossen ganzen ist das Land doch eher in eine Periode der ruhigen Entwicklung eingetreten. Einen Schlag



Rudolf Gnägi  
Bundespräsident für das Jahr 1971  
Photopress-Bilderdienst, Zürich

bedeutete die Verstaatlichung der französischen Erdöl- und Transportunternehmen in Algerien, die von der algerischen Regierung überraschend Ende Februar verfügt worden war. Wie die rechtmässigen Eigentümer schliesslich entschädigt werden sollen, ist Gegenstand von harten Verhandlungen, die bereits einmal erfolglos abgebrochen werden mussten.

\* \* \*

Einige Streiflichter auf andere Länder mögen die Auslandrundschau abschliessen. *Pakistan,*



Englands Währung auf Dezimalsystem umgestellt  
 Unser Bild zeigt das Schaufenster eines Buchhändlers, der mit Umrechnungstabellen von der alten in die neue Währung glänzende Geschäfte macht.  
 Photopress-Bilderdienst, Zürich

1947 aus der Teilung des ehemals englischen Besitzes Indien entstanden, erlebte im Berichtsjahr eine der heftigsten Krisen in seinem kurzen Leben. Das Land zerfällt in zwei Provinzen, West- und Ostpakistan, die räumlich durch indisches Territorium voneinander getrennt sind. Ostpakistan fühlte sich schon lange gegenüber dem Westen des Landes mit der Hauptstadt Rawalpindi benachteiligt und zurückgesetzt, in wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht. Immer ausgeprägter wurden die Spannungen, und als in den Parlamentswahlen im Frühjahr im Westen die eine, im Osten aber die andere Partei obenaus schwang, kam es zu heftigen Zusammenstößen. Im Osten proklamierte der Parteiführer offiziell die Unabhängigkeit des Landes unter dem Namen Bangla Desh, doch wurde dieser Aufstand von den Regierungstrup-

pen aus dem Westen blutig unterdrückt. Es will scheinen, als habe der junge Staat Pakistan seine endgültige Form noch nicht gefunden.

Beherrschendes Problem in den *Vereinigten Staaten* war und blieb der Vietnamkrieg. Die Absicht Präsident Nixons, die Kriegführung in Vietnam mehr und mehr den Einheimischen zu überlassen und die amerikanischen Truppen zurückzuziehen, stösst in der Verwirklichung zwar auf Schwierigkeiten, sie wird aber zielbewusst fortgesetzt. Die in der letzten Chronik noch erwähnte Aktion in Kambodscha konnte Ende Juni erfolgreich abgeschlossen werden, aber es gelang auch damit nicht, den Krieg zu einem Wendepunkt zu bringen. Die seit Jahren andauernden Verhandlungen in Paris zwischen den kriegführenden Parteien dauerten auch im Berichtsjahr an, ohne aber den geringsten Erfolg zu bringen. – Zu erwähnen ist ferner ein Vorstoss des amerikanischen Senators Mansfield, der zum Ziele hatte, die Hälfte der amerikanischen Truppen in Europa bis Ende 1972 heimzuholen. Präsident Nixon gelang es, im Senat eine grosse Mehrheit gegen diesen Antrag zusammenzubringen, womit er das Wort gehalten hat, das er bei seinem Amtsantritt Europa gegeben hatte, dass er nämlich an den Truppenbeständen in Europa nicht rütteln würde, solange er Präsident sei.

Auch *Nordirland* ist im abgelaufenen Jahr noch immer nicht zur Ruhe gekommen. Die Auseinandersetzungen zwischen Katholiken und Protestanten dauern mit fast unverminderter Heftigkeit an. Ende März wurde der bisherige Ministerpräsident Chichester-Clark durch Bryan Faulkner ersetzt, der einen ähnlichen Reformkurs wie sein Vorgänger steuert. Dass unter diesen Umständen auch die wirtschaftliche Gesundung auf sich warten lässt, liegt auf der Hand. Wie in England, ist auch in Nordirland die Arbeitslosigkeit hoch.

Steigende Arbeitslosigkeit und wirtschaftliche Probleme kennzeichneten auch die Entwicklung in *Italien*. Das Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ist nachhaltig gestört. Die Arbeitgeber scheinen oft noch in Begriffen des 19. Jahrhunderts zu denken und danach zu handeln, während die Arbeitnehmer nicht mehr gewillt sind, mit schlechten sozialen Bedingungen und kleinen Löhnen vorliebzunehmen. Das führte

zu Streiks und massiven Lohnbegehren, während sich gleichzeitig die Absatz- und damit die Beschäftigungsmöglichkeiten der Industrie verringert haben. Der Konkurs der italienischen Niederlassung der Berner Schokoladefabrik Tobler in Turin und die Schliessung einer ganzen Reihe von Textilfabriken machen die schwierige Lage der italienischen Wirtschaft deutlich. Der Regierung scheint es nicht zu gelingen, Ordnung zu schaffen, und es mutet doch wohl etwas sonderbar an, wenn italienische Regierungskreise in der Schweiz vorstellig werden, um das Los ihrer Landsleute in der Schweiz zu verbessern. Unwillkürlich fragt man sich, ob unsere Arbeitsbedingungen wirklich so schlecht sind, wenn man sieht, wie viele Italiener aus freien Stücken versuchen, bei uns anstatt in ihrer Heimat Arbeit zu finden.

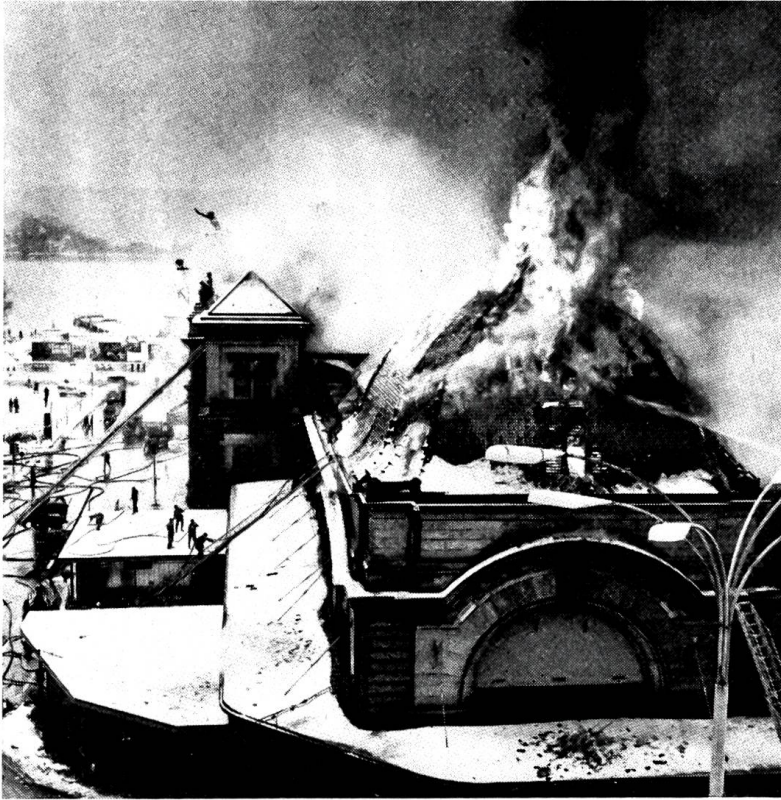
\* \* \*

Auch in diesem Berichtsjahr waren leider Katastrophen zu verzeichnen, die viele Menschenleben gefordert haben. Erwähnt sei der Brand eines Tanzlokals bei Grenoble, wo infolge Missachtung der feuerpolizeilichen Vorschriften über 140 Jugendliche den Tod gefunden haben. Verheerend wirkte sich eine Flutkatastrophe in Ostpakistan aus, die unermessliche Schäden anrichtete und gegen 50000 Menschenleben vernichtete. Gerade in dieser Notlage zeigte sich, wie wenig wirksam die in Westpakistan sitzende Regierung eingreifen konnte, was mit ein Grund für den oben erwähnten Zwist der beiden Regionen war. Beim Untergang einer überladenen Fähre in Korea ertranken kurz vor Weihnachten 250 Passagiere, und auch der Eisenbahnverkehr hatte Unfälle zu beklagen: Innerhalb weniger Wochen kam es auf der rechtsufrigen Zürichseestrecke zu zwei Zugszusammenstössen; 9 Tote, Dutzende von Verletzten, grosser Materialschaden waren die Folgen dieser aus der Überlastung der Bahn entstandenen Unglücke. Der TEE-Zug Zürich-München sprang im Allgäu zufolge übersetzter Geschwindigkeit in einer Kurve aus den Schienen; 29 Tote waren zu beklagen. Besonders tragisch mutet das Eisenbahnunglück in Norddeutschland an, wo ein Zugszusammenstoss 46 Tote forderte, davon 41 Schüler, die von einem Schulausflug heimkehrten. Auch der Luftverkehr blieb von Katastrophen nicht verschont.



Ein Bild von der Flutkatastrophe in Ostpakistan  
Photopress-Bilderdienst, Zürich

Im Sommer 1970 stürzten innerhalb von drei Tagen bei Barcelona und in Toronto zwei Maschinen ab; über 200 Passagiere mussten dabei ihr Leben lassen. Bei Kloten verunglückte ein bulgarisches Verkehrsflugzeug. Von den 47 Insassen kamen bloss zwei mit dem Leben davon. Die missglückte Landung einer Charter-Maschine in Jugoslawien schliesslich forderte im Mai noch einmal 75 Tote. – Am 6. Februar 1971 brach in der Psychiatrischen Universitätsklinik Burghölzli in Zürich ein Brand aus; 28 Patienten, vom Feuer und Rauch in ihren Betten überrascht, konnten nicht mehr gerettet werden. – Im Strassenverkehr scheint es in der Schweiz leider trotz allen Anstrengungen nicht zu gelingen, die Zahl der Todesopfer bei Verkehrsunfällen zu verringern. Sie stieg auch 1970 wieder an, und zwar auf 1694. Das



*Der Bahnhof Luzern ein Raub der Flammen*

Am 5. Februar 1971 vernichtete ein Grossbrand den im Jahre 1896 in Betrieb genommenen Luzerner Bahnhof. Der Schaden geht in die Millionen.

Foto E. Dahinden, Luzern

will heissen, dass jeden Tag fast fünf Menschen auf unsern Strassen ihr Leben lassen müssen.

\* \* \*

Wenn wir nun in die *Schweiz* zurückkehren, so muss leider in erster Linie das Thema Teuerung und Inflation zur Sprache kommen. In den Jahren 1964 und 1965 hatte der Chronist immer wieder auf dieses Problem hinweisen müssen. Die damalige Teuerung von etwa 5% pro Jahr schien über-gross, und der Bundesrat entschloss sich schliesslich, mit dem sogenannten Finanzbeschluss und dem Baubeschluss seinen Mahnworten auch Taten folgen zu lassen. Tatsächlich gelang es mit Hilfe dieser beiden Beschlüsse, die Teuerung zurückzudämpfen. Sie sank in den folgenden Jahren auf die Höhe von 3 und 2%, was als tragbar gelten durfte. Schon vor zwei Jahren aber machten sich

die ersten Anzeichen einer erneuten Teuerungswelle geltend. Leider wurde es einmal mehr unterlassen, diese Entwicklung schon im Keim zu bekämpfen. Man liess den Dingen ihren Lauf, immer in der Meinung, dass die selbstregulierenden Kräfte des freien Marktes stark genug sein würden, um die Teuerung auf ein normales Mass zurückzuschrauben. Dem war aber nicht so. Die immer deutlicher werdende Überbeschäftigung der Wirtschaft, namentlich des Baugewerbes, bei gleichzeitiger Stabilisierung des Fremdarbeiterbestandes, führte zu massiven Lohnerhöhungen, die sich ihrerseits wieder auf die Preise übertrugen. Gegenwärtig macht die Teuerung in der Schweiz pro Jahr rund 7% aus; mit andern Worten, wer für seine alten Tage einen Betrag auf ein Sparheft gelegt hat, dem hat die Teuerung am Ende des Jahres nicht nur die Sparheftzinsen aufgeessen, sondern auch das Kapital angeknabbert. Andererseits profitiert, wer Schulden hat, davon, dass diese Schulden am Ende des Jahres weniger hoch sind, als sie es am Anfang waren. Es wäre

aber falsch, die Schuld an dieser misslichen Entwicklung dem Bundesrat in die Schuhe zu schieben. Der Delegierte für Konjunkturfragen, Professor Hugo Allemann, hatte nämlich schon bei den ersten Anzeichen der neuen Konjunkturüberhitzung gewarnt, und der Bundesrat bemühte sich mit den spärlichen, ihm zur Verfügung stehenden Mitteln die Entwicklung in den Griff zu bekommen. Auf seine Anregung beschlossen die Banken freiwillig, nicht mehr beliebig Kredite zu erteilen, sondern das Wachstum ihres Kreditgeschäftes in engen Grenzen zu halten. Sie verzichteten damit auf manches gute Geschäft, ohne dass indessen ihr Beispiel Nachahmung gefunden hätte. Der Bundesrat arbeitete ferner eine Vorlage für ein sogenanntes Exportdepot aus, die geeignet gewesen wäre, den überbordenden Export etwas zu dämpfen. Sie scheiterte aber am krassen Egoismus der

Betroffenen, der sich auf das ablehnende Parlament übertrug.

Was sollte der Bundesrat nun tun? Als im Mai dieses Jahres zusätzlich zu allen andern erwähnten Voraussetzungen für ein munteres Weiterklettern der Teuerung noch in riesigen Mengen Auslandskapital ins Land floss, schien ihm der Moment gekommen, erstmals seit 1936 an unserer Währung herumzuflicken und den Franken um 7% aufzuwerten. Er konnte das anfangs Mai tun, nachdem das neue Bundesgesetz über das Münzwesen, das die Kompetenz für Auf- oder Abwertungen vom Parlament an den Bundesrat übertragen hatte, am 1. April 1971 in Kraft getreten war. Mit der Aufwertung werden theoretisch die Exporte unserer Industrie nach andern Ländern um 7% teurer, was vielleicht zu einem gewissen Rückgang der Nachfrage führen wird. Gleichzeitig werden aber die Importe billiger, weil ja mit

dem nun aufgewerteten Schweizer Franken mehr ausländische Güter gekauft werden können, als das vorher der Fall war. Dieser Massnahme liess der Bundesrat Ende Mai einen neuen Baubeschluss folgen, der in der kommenden Sommersession von den Räten zu behandeln sein wird. Mit diesem Beschluss würde erreicht, dass nicht unbedingt notwendige Bauten vorläufig nicht erstellt werden könnten und dass ältere, noch gut erhaltene Häuser nicht abgerissen werden dürften. Man erhofft sich davon einen Rückgang im Auftragsvolumen im Baugewerbe, was sehr erwünscht wäre. Ob diese beiden Massnahmen für sich allein genügen, um der Teuerung Einhalt zu gebieten, ist heute noch mehr als fraglich. Wenn einmal die gegenwärtige Teuerungs- und Inflationswelle abgelaufen sein wird, dann lässt es sich nicht umgehen, durch gesetzgeberische Massnahmen dem Bundesrat die Mittel in die Hand zu geben, mit denen er in Zukunft rasch und frühzeitig genug das Entstehen einer so massiven Teuerung, wie wir sie heute erleben, verhindern kann.

\* \* \*



*Im November 1969 zu längern Freiheitsstrafen verurteilt – im September 1970 freigelassen*

Die drei arabischen Attentäter, die im Februar 1969 ein Flugzeug der EL-AL in Kloten überfallen, den Kopiloten getötet und mehrere Personen verletzt hatten, mussten von der Schweiz freigelassen werden; dadurch erhielten auch die als Geiseln von den Palästinensern zurückgehaltenen Passagiere der entführten Swissair-Maschine wieder ihre Freiheit.

Photopress-Bilderdienst, Zürich

Im vergangenen Jahr fanden vier eidgenössische Volksabstimmungen statt. Die wichtigste von ihnen war wohl diejenige vom 7. Juni 1970, in der es um die sogenannte Initiative Schwarzenbach, die zweite Überfremdungsinitiative, ging. Nach einem äusserst heftigen Abstimmungskampf wurde sie mit rund 654000 Nein gegen 557000 Ja verworfen. Sechs Kantone und zwei Halbkantone haben sie angenommen, während 13 und vier Halbkantone sie ablehnten. Wie gross das Interesse an dieser Abstimmung war, zeigte sich auch in der Stimmbeteiligung, die mit 74,1% eine der höchsten seit 1848 war. – Am 27. September wurde über den Verfassungsartikel Turnen und Sport und über die Initiative Recht auf Wohnung und Familienschutz abgestimmt. Der Verfassungsartikel fand mit rund 524000 Ja gegen 178000 Nein die Billigung des Volkes, während die Initiative Recht auf Wohnung mit 359000 Nein gegen 344000 Ja abgelehnt wurde. Dieses äusserst knappe Resultat zeigte deutlich, dass das Wohnproblem in der Schweiz heute noch weit von seiner Lösung entfernt ist. Es wird viel Mühe und Kraft





*Die erste Frau im Berner Gemeinderat*

Von links nach rechts: die im Herbst 1970 neu gewählte Frau R. Geiser-Imobersteg und die Herren Dr. Bratschi, Dr. Schürch, Stadtschreiber Dr. Wullschleger, Stadtpräsident Dr. Tschäppät, Schädelin und Dr. Sutermeister. Es fehlt Gemeinderat Schweizer.

Foto W. Nydegger, Bern

brauchen, um diese für unser Volk lebenswichtige Frage richtig lösen zu können. Die Stimmbeteiligung betrug 43,8%. – Am 15. November 1970 wurde über die Finanzordnung des Bundes abgestimmt. Die Vorlage wurde mit 366 000 Ja gegen 293 000 Nein stimmenmässig zwar angenommen, sie scheiterte aber am sogenannten Ständemehr: 11 Kantone und vier Halbkantone verwarfen sie, während bloss acht und zwei Halbkantone sie annahmen. Damit war die Vorlage gescheitert; sie wird im Juni 1971 in neuer Form wieder vors Volk getragen. – Am 7. Februar 1971 schliesslich folgte die Volksabstimmung über die Einführung des Frauenstimm- und -wahlrechtes. Die seit Jahren vom Chronisten vertretene Auffassung, dass die Einführung des Frauenstimmrechtes nicht überstürzt und erzwängt werden dürfe, da es bloss noch eine Frage der Zeit sein könne, bis unsere Frauen das Stimmrecht erhielten, fand darin ihre Bestätigung. Der Abstimmungskampf war eher flau, und man spürte schon bald einmal, dass die Sache entschieden war. Tatsächlich fanden sich

über 621 000 Schweizer Männer bereit, den Frauen das Stimm- und Wahlrecht zu erteilen, während bloss deren 324 000 dagegen waren. Auch das Ständemehr war recht erfreulich; 14 ganzen und drei Halbkantonen, die annahmen, standen nur fünf ganze und drei halbe Kantone, die verwarfen, entgegen.

Auch die Regierung des Kantons Bern bat die Stimmbürger in der Berichtsperiode viermal an die Urne. Besonders bemerkenswert war die Abstimmung vom 7. Juni 1970, in der über nicht weniger als sechs Vorlagen befunden wurde. Alle sechs, worunter das neue Baugesetz des Kantons Bern, fanden die Gnade des Souveräns. Ebenfalls angenommen wurden am 27. Sep-

tember des gleichen Jahres drei weitere Vorlagen, bei denen es um Abänderungen der Staatsverfassung und um den Ausbau der Universität ging. Am 15. November wurde abgestimmt über das Gesetz betreffend die Handänderungs- und Pfandrechtsabgaben, ferner über das Gesetz über das Gastwirtschaftsgewerbe und über die Erweiterung der Kinderpsychiatrischen Station Neuhaus des Kantons Bern. Auch diesen drei Vorlagen wurde zugestimmt. Da schliesslich auch die beiden Vorlagen vom 7. Februar 1971 (Volksbeschluss über die Weiterführung der Massnahmen zur Förderung des Wohnungsbaus und Volksbeschluss über die Bereitstellung finanzieller Mittel zur Verbesserung der Wohnverhältnisse in den Berggebieten) angenommen wurden, darf festgestellt werden, dass im Berichtsjahr das Volk in 14 Vorlagen der Regierung gefolgt ist. Das darf wohl als Vertrauensbeweis angesehen werden.

\* \* \*

Zwei Strafprozesse, die im abgelaufenen Jahr

vor dem Bundesgericht in Lausanne in Szene gingen, haben die Öffentlichkeit beschäftigt wie schon lange nicht mehr. Am 27. November 1970 wurde im Waffenausfuhrprozess der Firmenchef der bekannten Oerlikoner Werkzeugmaschinenfabrik, Dr. D. Bührle, zu acht Monaten Gefängnis und zu einer Busse von Fr. 20000.- verurteilt; seine schuldigen Mitarbeiter erhielten 18, 16 und 15 Monate Gefängnis unbeding. Wie erinnerlich, hatten Mitarbeiter des Zürcher Unternehmens während der bewaffneten Auseinandersetzung zwischen Biafra und Nigeria unter Angabe von unrichtigen Empfängern und Bestimmungsorten den Bundesrat veranlasst, Waffenausfuhrbewilligungen zu erteilen. Anstatt nach Südafrika, wie angegeben worden war, gingen die Waffen indessen nach Nigeria und halfen dort mit, das biafranische Volk zu unterwerfen. Im Nachgang zu diesem Prozess wurde Oberst i. Gst. Bührle vom Bundesrat seiner militärischen Funktion entoben und zur Disposition gestellt. – Im April fand der Prozess gegen Alfred Frauenknecht statt, der 200000 Detailpläne für die Lizenzfabrikation des Triebwerkes der Mirage nach Israel verschoben hatte. Frauenknecht war bei der Winterthurer Firma Sulzer in einer Vertrauensstellung tätig und hatte die Aufgabe, die von Drittherstellern zurückgelangten Pläne zu vernichten. Anstatt dies zu tun, lieferte er sie über einen Helfershelfer einem Agenten des israelischen Geheimdienstes aus. In der Gerichtsverhandlung führte er aus, dass er aus Sympathie zu Israel gehandelt hätte, denn es gelte, Israels Kampf gegen die Araber, den Kampf Davids gegen Goliath, zu unterstützen. Dieses Argument schien anfangs zwar recht einleuchtend, verlor aber rasch an Überzeugungs-



*Vereidigung im Rathaus*

Von rechts nach links: Der neue Staatsschreiber Martin Josi, Vizestaatsschreiber André Ory und Oberrichter Max Graf.

Foto W. Nydegger, Bern

kraft, als sich herausstellte, dass der israelische Geheimdienst Frauenknecht für die Pläne einen Betrag von etwa Fr. 800000.- ausgehändigt hatte. Er wurde zu 4½ Jahren Zuchthaus verurteilt, und die noch vorhandenen rund Fr. 700000.- verfielen der Eidgenossenschaft.

\* \* \*

Mit Recht viel zu reden gab auch im abgelaufenen Jahr wieder die Frage des Gewässerschutzes oder, umfassender gesagt, des Umweltschutzes. Wenn auch immer und immer wieder durch Gedankenlosigkeit Verunreinigungen des Grundwassers entstehen, überflüssiger Lärm erzeugt und die Luft durch Industrie und Motorfahrzeugabgase verpestet wird, so darf man heute doch feststellen, dass ein grosser Teil unseres Volks sich der Gefahren, die darin liegen, langsam bewusst wird. Für die Erstellung von Abwasserreinigungsanlagen sind bis heute über eine Milliarde Franken aufgewendet worden. Dazu kommen weitere drei bis vier Milliarden, die für Hauptsammelkanäle und



Protestdemonstration gegen die spanische Botschaft in Bern. Demonstranten reissen die Strasse auf, um Wurfgeschosse gegen die Polizei zu beschaffen.  
Foto W. Nydegger, Bern

Quartierkanalisationen ausgegeben wurden. Man schätzt, dass bis zum Jahre 1980 mindestens noch einmal ein gleich hoher Betrag nötig sein wird, um einen Teil unserer Gewässer wirksam zu sanieren. – Wie hellhörig das Volk in Fragen des Umweltschutzes heute doch geworden ist, zeigte sich in einer städtischen Abstimmung in Bern im März, als eine Vorlage für die Beschaffung weiterer Diesel-Gelenkautobusse vom Stimmbürger abgelehnt wurde. Die Gegenpropaganda war mit relativ schwachen Mitteln, aber ausschliesslich mit dem Schlagwort «Kampf der Luftverpestung» geführt worden. Wenn man sich auch fragen muss, ob dieser Entscheid richtig war – denn die neuen Autobusse hätten alte, die mehr Abgase produzieren, ersetzen sollen –, so zeigt das Beispiel doch, dass in Zukunft die Behörden mit solchen Reaktionen aus dem Volk rechnen müssen. Unverständlich bleibt dem Durchschnittsbürger nach wie vor der Entscheid des Eidgenössischen Departementes des Innern, das den Wallisern gestattete, im Schutzwald zwischen der Alp Thyon und Sitten eine riesige Schneise auszuholzen. Grund für diese Ausholzung war einzig der Wille und Wunsch, Sitten eine olympiawürdige Abfahrtsstrecke für Skifahrer zu schaffen. Mit Recht

wandte sich der Heimatschutz deswegen an das Bundesgericht; allein, der Wald war bereits geschlagen, und das Bundesgericht konnte im Sommer 1970 nur noch scharf rügen, dass die Arbeiten bereits abgeschlossen waren, bevor die Beschwerdefrist abgelaufen war.

\* \* \*

Ein Blick noch auf den Sport. Das vergangene Jahr war reich an schweizerischen Sporterefolgen. Zum erstmalig seit 14 Jahren gelangte die Schweiz in einer Sportart zu Weltmeisterehren, in der sie früher führend war: im Bobfahren errang unsere Viererbobmannschaft in Cervinia den Weltmeistertitel. Im Eishockey gelang es der Schweizer Mannschaft, an der Weltmeisterschaft in Bern das Turnier der B-Gruppe zu gewinnen. Damit steigt die Schweiz

in die A-Gruppe auf. Ebenfalls Weltmeister – wie schon letztes Jahr – wurde im Radsport in der Amateur-Verfolgung Xaver Kurmann. Im Skisport durfte sich am Ende der Saison unsere Nationalmannschaft in der Abfahrt diskussionslos die beste der Welt nennen; insbesondere die beiden Urner Russi und Tresch glänzten mit hervorragenden Resultaten. Russi gewann in der Abfahrt gar den Weltcup. Die Kunstturner standen nicht zurück und erzielten weitere gute Resultate. An den Weltmeisterschaften in Ljubljana waren sie unter den besten Turnernationen im sechsten Rang plaziert; noch besser schnitten die Günthard-Boys an den Europameisterschaften in Madrid ab, wobei es seit langem wieder einmal einem Schweizer, Roland Hürzeler, zu einer Einzelmedaille reichte. Schliesslich besannen sich auch unsere Schützen wieder auf ihre Tradition und machten Schlagzeilen: In Texas an den Weltmeisterschaften im Spätherbst 1970 errang E. Bürgin den Weltmeistertitel im Kleinkaliber-Kniendschiessen, und Theo Ditzler gelang dasselbe Kunststück mit dem Stutzer im Liegend-schiessen. Die Stutzer Mannschaft belegte den 4. Platz.

Wenn wir schon die Sporterefolge hervorheben,

so soll doch auch erwähnt sein, dass im November 1970 in Tokio eine Handwerkerolympiade durchgeführt worden ist. Hier galt es für die Teilnehmer, zu zeigen, was sie in ihren Berufen erlernt hatten. Die Schweizer kehrten mit nicht weniger als vier Goldmedaillen zurück, was unserer handwerklichen Berufsausbildung einerseits, den jungen Berufsleuten andererseits ein gutes Zeugnis ausstellt.

\* \* \*

Auch dieses Jahr wieder soll eine Auswahl von einigen Einzelmeldungen unsere Chronik abschliessen. Im *Autobahnbau* sind im abgelaufenen Jahr wieder schöne Fortschritte zu verzeichnen. Am meisten Widerhall fand wohl die Eröffnung der wichtigen Strecke zwischen Augst im Kanton Baselland und Härkingen im Kanton Solothurn, womit nun zwischen Bern und Basel eine durchgehende Autobahn besteht. Auch in der Ostschweiz wurden weitere Abschnitte fertiggestellt, und in wenigen Wochen soll endlich auch die langersehnte und dringend notwendige Umfahrungsstrasse von Thun dem Verkehr übergeben werden. – Dass mitten im Frieden unsere Soldaten *Weihnachten im Aktivdienst* verbringen mussten, mutet seltsam an und stellt das Wort Frieden sehr in Frage. Es war aber 1970 der Fall, und zwar als direkte Folge der obenerwähnten Flugzeugattentate; der Bundesrat hatte die militärische Bewachung der Flughäfen Genf-Cointrin und Zürich-Kloten angeordnet. Auch heute noch dauern diese militärischen Überwachungen an, doch ist damit zu rechnen, dass in kurzer Zeit die Bewachungsaufgaben wieder auf die nun erweiterte Flughafenpolizei übergehen werden. – In seinem Bericht im Kalender 1969 erwähnte der Chronist mit Bedauern das Verschwinden der silbernen Halbfranken-, Franken- und Zweifrankstücke, die durch solche aus einer Kupfer-Nickel-Legierung ersetzt wurden; ein Jahr später war auch der Fünfliber an der Reihe. Nun hat der Bundesrat im Berichtsjahr einen weitem Schritt unternommen: Im September 1972 sollen alle silbernen Münzen ihre gesetzliche Zahlungskraft verlieren. Das hatte zur Folge, dass im Berichtsjahr plötzlich wieder überall Silbermünzen auftauchten. Es bleibt doch sehr zu bedauern, dass so kurzfristig unser schönes, altes sil-

bernes Geld einfach ausser Kurs gesetzt wird. Rechnet man noch die in der gleichen Berichtsperiode verfügte Aufwertung hinzu, so hat doch entgegen allen Beteuerungen das Bild des soliden Schweizer Frankens einige Dreckspritzer abgekriegt. Wohl nirgends in der Welt wird es ein Land geben, in welchem Münzen aus den siebziger Jahren des letzten Jahrhunderts noch vollgültig im Umlauf sind, wie das in der Schweiz bis heute der Fall war. – Zum Schluss sei noch auf einen Bericht hingewiesen, der in der Schweiz hohe Wellen warf: der sogenannte Oswald-Bericht. Der Bundesrat hatte vor einiger Zeit eine Kommission eingesetzt, die prüfen sollte, ob die militärischen Formen, Erziehung und Ausbildung in der Schweizer Armee noch den heutigen Verhältnissen entsprächen. Die Kommission unter dem Vorsitz von Oberst Oswald löste ihre Aufgabe speditiv und kam zu mutigen Entschlüssen. Es wäre falsch, wollte man ob den neu beschlossenen äusserlichen Formen (Wegfall der Achtungstellung, Oberst statt Herr Oberst usw.) – die dem Chronisten wie wohl allen Soldaten mit Erinnerungen an den Aktivdienst sehr gegen den Strich gehen – übersehen, wie wertvoll und wegweisend für die Zukunft unserer Armee der Bericht ausgefallen ist.

---

#### *Redeblüten aus Helvetiens Ratssälen*

«Die Einführung von Computern in der Verwaltung ist heute bestimmt noch recht problematisch. Ich habe von einem guten Bekannten der Branche vernommen, dass ihm bei der Entlassung aus einem Kantonsspital der dort in Verwendung gelangte Apparat eine Rechnung ausstellte, die dem von einer Lungenentzündung geheilten 37jährigen Patienten zusätzlich bescheinigte, dass er auch ein gesundes Mädchen zur Welt gebracht habe...»

«Ich kann auch Stenographie reden, wenn es notwendig sein sollte...»

«Der Entwurf eines Bürgerlichen Gesetzbuches gleicht dem Kamel, das vor seinen Verfolgern den Kopf in den Sand steckt...»